

Gutes neues Jahr für die Krankenhausversorgung?

Der Klinikverbund Hessen e. V. sieht für das Jahr 2022 große Anforderungen und Herausforderungen für die Krankenhäuser

Für den Klinikverbund Hessen wird auch das Jahr 2022 große Herausforderungen und Belastungen für die öffentlichen Krankenhäuser in Hessen bringen. Trotz der aktuell noch sinkenden Fallzahlen der Patientinnen und Patienten mit COVID-Erkrankung bliebe die Ungewissheit über die Auswirkungen der Omikron-Variante auf die Krankenhausversorgung weiter bestehen. *„Die in der Patientenversorgung tätigen Menschen sind zum großen Teil erschöpft und oft auch frustriert, weil einerseits ein Ende der Pandemie nicht abzusehen ist und andererseits weiterhin bürokratische und aufwandsverursachende Rahmenbedingungen bestehen und sogar noch im neuen Jahr dazu gekommen sind, die der Versorgung Ressourcen entziehen“*, stellt Reinhard Schaffert, Geschäftsführer des Klinikverbunds Hessen fest. Beispiele seien die Ausweitung der bürokratischen und unflexiblen Personaluntergrenzen, obwohl der Koalitionsvertrag als Ersatz dafür die kurzfristige Einführung des Personalbemessungsinstrumentes PPR 2.0 vorsehe sowie die mit Jahresbeginn in Kraft getretenen Prüfquoten und Strafzahlungen im Rahmen der Abrechnungsprüfung durch den Medizinischen Dienst, wodurch der personelle und administrative Aufwand der Krankenhäuser dafür deutlich erhöht werde. Die Motivation von Menschen zu einer Tätigkeit in der Krankenhausversorgung werde unter diesen Bedingungen immer schwieriger. Dadurch verstärke sich der Mangel an klinischen Fachkräften. *„Ich fürchte wir werden noch in diesem Jahr erleben, dass vielerorts aufgrund des Fachkräftemangels Krankenhäuser ihre Leistungen stark einschränken müssen“*, betont Schaffert

Auf der einen Seite sei keine Entlastung in Sicht, es würden im Gegenteil weitere Ressourcen der Versorgung entzogen und die Möglichkeit eines flexiblen bedarfsgerechten Personaleinsatzes weiter eingeschränkt. Auf der anderen Seite seien die Krankenhäuser nach wie vor strukturell unterfinanziert. Zwar würden pandemiebedingten Mehrkosten bzw. Mindererlöse mit dem Versorgungszuschlag für die Covid-Behandlung und mit Ausgleichspauschalen zum Teil berücksichtigt, die grundsätzlichen Probleme der Krankenhausfinanzierung wie die unzureichende Investitionsförderung und fehlende Berücksichtigung der Vorhaltekosten sowie Liquiditätsmangel durch verzögerte Budgetverhandlungen seien weiterhin ungelöst. *„Es ist ein Unding, dass trotz des politischen Versprechens, die Pflegepersonalkosten vollständig zu erstatten, die Krankenhäuser diese jedoch in der Pandemiesituation seit zwei Jahren vorfinanzieren müssen, weil der vorläufige Pflegentgeltwert die Kosten nicht annähernd deckt und die Verhandlungen über das Pflegebudget durch Verzögerungen und Infragestellung der vorgelegten Kosten nicht zum Abschluss kommen“*, stellt Schaffert fest. Dies belastete die Liquidität und die wirtschaftliche Stabilität der Krankenhäuser erheblich. *„Vielleicht sollte einfach sechs Wochen nach Aufforderung zur Verhandlung die Forderung des Krankenhauses als vorläufig festgesetzt gelten, dies würde die Motivation zu schnellen Verhandlungen bei den Kassen beflügeln“*, schlägt Schaffert vor.

Große Bedenken hätten die öffentlichen Krankenhäuser in Hessen auch wegen der laufenden Tarifverhandlungen mit der Ärztegewerkschaft Marburger Bund. Abgesehen von den geforderten Gehaltssteigerungen, die dann an anderer Stelle wieder eingespart werden müssten, seien die Vorstellungen des Marburger Bundes hinsichtlich starrer Dienstzeitbegrenzungen nicht mit dem Betrieb eines Krankenhauses zu vereinbaren. Bereits in den letzten Jahren seien im ärztlichen Bereich die Anzahl der Ruf- und Bereitschaftsdienste deutlich reduziert und begrenzt worden. *„Aber ein Krankenhaus muss 24 Stunden an sieben Tagen in der Woche betriebsbereit sein, da braucht es auch bei den Ärztinnen und Ärzten eine gewisse Flexibilität, um beispielsweise Urlaubs- und Krankheitszeiten überbrücken zu können, ohne dass dazu teure Honorarärzte geholt werden müssen“*, meint Schaffert.

Darüber hinaus habe der Marburger Bund bei der letzten Hauptversammlung allgemeine Forderungen aufgestellt, die von einer Kostenerstattung für alle therapeutischen Berufe bis hin zu Klimaschutzmaßnahmen der Krankenhäuser reichten. Unabhängig von der Frage, ob solche Themen zu den Aufgaben einer Ärztegewerkschaft gehörten, täten die Krankenhäuser bereits in vielen der geforderten Bereiche alles, was unter den gegebenen finanziellen Rahmenbedingungen möglich sei. Krankenhäuser könnten jedoch nicht einfach Mehrkosten über die Preise an die Verbraucher weitergeben, die Finanzierung der Krankenhäuser sei gesetzlich gedeckelt und bereits für die Kernaufgaben unzureichend. *„Die Mitgliedshäuser des Klinikverbunds Hessen werden auch im Jahr 2022 eine hochwertige Krankenhausversorgung in Hessen leisten und wir werden uns als Verband engagiert dafür einsetzen, dass dies auch weiterhin möglich ist“*, betont Schaffert. Dazu diene auch die Diskussion und Erarbeitung von Lösungen mit Akteuren aus der Gesundheitsversorgung, Krankenkassen sowie Bundes- und Landespolitik um die Zukunft der Krankenhausversorgung bei dem vom Klinikverbund Hessen ausgerichteten Kongress [Zukunft Gesundheit](#) am 14. Februar 2022 in Wiesbaden.